Demokratie im Krieg : zur Aktualität von Hannah Arendts Imperialismus-Kritik

Autor(en): **Majchrzak, Kamil**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 53

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652613

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Kamil Majchrzak

Demokratie im Krieg

Zur Aktualität von Hannah Arendts Imperialismus-Kritik

Die Brisanz von Hannah Arendts Studie „The Origins of Totalitarianism", die Ursachen des Imperialismus und die darauffolgende totale Herrschaft im global expandierenden Kapitalismus zu verorten, ist erklärungsbedürftig und erfordert eine genauere, politische Lektüre. Arendt erkennt, dass die unter kapitalistischer Wirtschaft betriebene Industrialisierung Europas mit einer ungeheuren Vermehrung von Reichtum einherging, aber „dies unter einem sozialen System, das eine gleichmäßige Verteilung der Produkte unter alle Bevölkerungsschichten unmöglich machte".[1] In Anlehnung an Rosa Luxemburg rückt sie deshalb die Akkumulation des Kapitals ins Zentrum ihrer Untersuchungen. Die von Arendt hochgeschätzte polnisch-jüdische Theoretikerin und Revolutionärin entdeckte, dass Imperialismus „der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus"[2] ist.

Arendts Verdienst besteht dabei darin, Luxemburgs Einschätzung, dass der Imperialismus „eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals"[3] ist, mit der Erosion des Nationalstaates in Verbindung zu setzen. Damit verweist sie auf den Zusammenhang, der zwischen dem Verfall der Demokratie, der mit der Korruption einer Beamtenschaft beginnt, die sich den besitzenden Klassen verpflichtet fühlte, und der institutionalisierten Verantwortungslosigkeit der Bürokratien besteht, die Auschwitz möglich machten. Deshalb kann Totalitarismus nicht einfach als Negation der westlichen Zivilisation, sondern muss als deren „pathologische Manifestation"[4] verstanden werden.

Angesichts der Desinformation und tendenziellen Gleichschaltung der Öffentlichkeit nach den Flugzeug-Attentaten vom 11. September 2001 wird uns dies in doppelter Hinsicht vor Augen geführt. Die Gedankenlosigkeit der Funktionseliten von „Marktwirtschaft und Demokratie"[5] macht deutlich, dass die Intellektuellen und die Medien dieses globalen Systems weder in der Lage sind, den inneren Zusammenhang von Terrorismus und herrschender Ordnung, noch ihre eigene Beteiligung an der Eskalation imperialer Gewalt und der Erosion der Demokratien zu erfassen. Stattdessen beteiligen sie sich an einem Kampf der Kulturen und antizipieren einen vermeintlich neuen exotischen orientalischen Raum fehlender Aufklärung. Damit verschleiern sie die Ursachen gewalttätiger Aneignung und Verwertung und wechseln auf die Ebene einer theologischen Auseinandersetzung.

Die Herausgabe der „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" im Jahre 1951 setzte in einer Periode an, die sich durch einen wahnhaften Antikommunismus auszeichnete. Es ist die von Marx beschriebene Ironie

der Geschichte, dass Arendts Kritik am absoluten Gehorsam und blinden Konformismus, angesichts einer neuen Welle des McCarthyismus, wiederholt an Bedeutung für die Gegenwart gewinnt. Das Anfang des Jahres in Polen verabschiedete Lustrationsgesetz und der institutionalisierte Geschichtsrevisionismus bilden einen Höhepunkt dieses Prozesses in Osteuropa. Damit sollen antikapitalistische Alternativen undenkbar gemacht werden. Polens Revisionisten mimen dabei nicht einfach Ernst Nolte und den deutschen Historikerstreit von 1986 nach. Die einsilbige Totalitarismusdebatte hat heute nämlich nicht nur das Ziel, die Verbrechen der Nazis zu relativieren, sondern den Ursprung totaler Herrschaft in den bürgerlichen Demokratien zu vernebeln. Diese Verschleierungs-Strategie findet ihren Einsatz überall dort, wo der Rassismus des europäischen Grenzregimes, Neoliberalismus und Militarismus als Primat der Europäischen Verfassung[6] oder massive Menschenrechtsverletzungen im Zuge des Kampfes gegen den sogenannten Terrorismus von seinen Ursachen ablenkt.[7] So kann der westliche ökonomische Totalitarismus die kritische Theorie überhaupt zum Schweigen bringen.[8] Mit seiner Hexenjagd beliefert Polen auch jenes Renegatentum und Bekehrungs-Syndrom in West-Europa, welches nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes durch eine orientierungslos gewordene Intelligentzja verkörpert wird. Darin spiegelt sich gleichzeitig das Denken jener Intelligentzja wieder, die spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer an ein *Ende der Geschichte* glaubt und den Kapitalismus als nicht weiter zu hinterfragende Tatsache akzeptiert hat.[9]

Arendts Untersuchungen vermögen somit nicht nur etwas zur Erklärung der steigenden Beteiligung von Demokratien an Kriegen und den diesem Prozess inhärenten institutionellen Verfall der öffentlichen Sphäre, sondern darüber hinaus auch zum Verständnis der „demokratischen" Transformation in Osteuropa beizutragen. Die Dimension dieser historischen Farce wird an bestimmten Entwicklungstendenzen deutlich. Seit Anfang der 90er Jahre vollzieht sich vor unseren Augen ein Rückbildungsprozess des Völkerrechts, der das Rechtsverständnis auf einen Hobbesschen Dezisionismus reduziert. Normen und positiv-rechtliche Entscheidungsverfahren werden so unter das Primat der Politik gestellt.[10] Die von postmodernen Demokratien geführten Angriffskriege werden in diesem Zusammenhang als *ultima ratio* der Gewalt, eine „humanitäre Intervention" bzw. als „Verteidigung der Menschenrechte" gerechtfertigt. Die Unterordnung der Innenpolitik unter die Außenpolitik geht dabei mit der sogenannten „Versicherheitlichung" *(securization)*[11] des gesellschaftlichen Lebens einher und der Zerstörung der öffentlichen Sphäre. Eine schleichende Erosion und Ritualisierung demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren begleitet diesen Prozess.

Hannah Arendts Imperialismusbegriff

Das besondere Verdienst Hannah Arendts Untersuchung ist, dass sie Imperialismus nicht lediglich als Problem der Außen- oder Kolonialpolitik verstanden hat, sondern in Anlehnung an die Akkumulations-Theorie von Rosa Luxemburg ihn mit der politischen Emanzipation der Bourgeoisie und der Entwicklung des Nationalstaates aufs engste verknüpfte. Nur so konnte die Bourgeoisie die herrschende Klasse der Gesellschaft werden und doch darauf verzichten, zugleich auch allein regieren zu müssen. Solange der Nationalstaat intakt war, blieben alle eigentlich politischen Entscheidungen ihm überlassen.[12] Doch bereits in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts stellte sich heraus, dass die moderne industrielle und wirtschaftliche Entwicklung in Europa eine Kapazität erreicht hatte, die die Grenzen dieses Nationalstaates sprengte und paradoxerweise zu seiner Rettung den Imperialismus auf den Plan rief. Dieser stand im Zeichen einer „Expansion um der Expansion willen" und verkörperte gleichzeitig den Widerspruch zwischen national eng begrenztem Territorium und nahezu unbegrenzter wirtschaftlicher Kapazität.[13]

Hannah Arendts Analyse liegt der Befund zugrunde, dass diese Expansion weder auf Eroberung noch auf Annexion irgendwelcher Gebiete aus war, sondern dass die Akkumulation der Macht ausschließlich der Akkumulation des Kapitals entsprach.[14] Solange der Nationalstaat die notwendigen Rahmenbedingungen für die kapitalistische Wirtschaft bereitstellen konnte und die Reproduktion der Arbeitskraft sicherstellte, trat dieser Widerspruch lediglich in seiner Kerngestalt auf: der Ausbeutung der Lohnarbeit. Nicht jedoch in einem offenen Konflikt zwischen Nationalstaat und der Bourgeoisie, die seine Gewaltmittel als Instrumente für die eigenen wirtschaftlichen Ziele in vollem Ausmaß zu benutzen wusste. Dies änderte sich erst, als die Bourgeoisie mit dem Hinnehmen und dann der Beförderung des Faschismus und der totalen Herrschaft gleichzeitig ihre Selbstzerstörung einleitete. Der „Imperialismus war das Resultat der Versuche des Nationalstaates, unter den Bedingungen moderner Wirtschaft und Industrie, also unter den neuen Lebensbedingungen der europäischen Völker, die sehr bald die Lebensbedingungen des gesamten Erdballes werden sollten, als Staatsform zu überleben".[15] Denn die ursprüngliche Akkumulation, die Karl Marx noch als den historischen Ursprung des Kapitalismus verstanden hatte, wird in der finanzdominierten und von der Wertschöpfung im Produktionsprozess befreiten Globalisierung täglich vollzogen.[16] Insoweit stellen der gewalttätig ausgetragene *big run* auf bestehende Vermögensmassen im Ausland als auch die Privatisierungswut und Lohnsenkung im Inland nur zwei Erscheinungsformen der imperialistischen Expropriation dar.

Institutionelle Apartheid und Empire

Die aufschlussreiche Entdeckung Hannah Arendts sehe ich darin, dass sie die Triebfedern des Imperialismus nicht auf rein ökonomische Funktionen reduziert hat, sondern auf dessen eigentlich politische Struktur zurückführte, den Versuch nämlich, die Menschheit in Herren- und Sklavenrassen, in *„higher and lower breeds"*, in Schwarze und Weiße, in Bürger und eine *„force noire"*, die sie schützen soll, einzuteilen.[17] Und so versuchen sich die modernen Demokratien Europas auch heute vorzugsweise im Verhältnis zu ihren mutmaßlichen Feinden zu definieren. Dabei wurde – gemessen an der Kolonialzeit – die Vorstellung von Integration völlig umgekehrt. Die Einführung des Begriffes „Integration" zur Kolonialzeit hatte noch ein juristisches System vor Augen, das den Kolonisierten ein Statut geben sollte. Nachdem die „Gastarbeiter" das nach dem Zweiten Weltkrieg zerstörte Europa aus Ruinen wiederaufgebaut hatten, realisierte die „demokratische Öffentlichkeit" Ende der siebziger Jahre, dass die Immigranten dauerhaft im Land bleiben und ihre Kinder einen Anspruch auf Gleichberechtigung haben. Seither wird wieder von Integration gesprochen, als gelte es erneut, eine Grenze zwischen echten Bürgern der Republik, Franzosen, Deutschen, Eidgenossen, und den „Fremden" zu ziehen.

Der Pariser Soziologe Mathieu Rigouste untersuchte diesen Zusammenhang zwischen den Krisen des Kapitals und dem Auftreten rassistischer und ausländerfeindlicher Diskurse. Sein Befund ist ernüchternd: „Bei jeder Krise des Kapitals heißt es, alle Fremden seien potenzielle Arbeitslose oder Arbeitsdiebe. Sobald die Wachstumsraten sanken, tauchte dieser Diskurs wieder auf. Sogar vor der Ölkrise, und daran hat sich bis heute nichts geändert".[18]

Hannah Arendt führte diese Wechselwirkung darauf zurück, dass eine Nation kein Reich gründen kann, da deren politische Konzeption auf der Trinität von Territorium, Volk und Staat beruht. Aus der Sicht des Nationalstaates ist es deshalb nur konsequent, nach der Eroberung „fremde Bevölkerungen zu assimilieren und ihre „Zustimmung" zu erzwingen; er kann sie nicht integrieren".[19]

Diese Unversöhnlichkeit kommt auch in der ambivalenten Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber dem Imperialismus und der darauf folgenden Naziherrschaft zum Ausdruck. Die nationalistische Befangenheit der Arbeiterklasse mündete – trotz aller Internationalen – in der Begeisterung für den Ersten und nach 1933 mehr und mehr für den Zweiten Weltkrieg. Ihre Mesalliance mit der Bourgeoisie gebar den „Burgfrieden" und fand in der verräterischen Zustimmung zu den Kriegskrediten durch die Sozialdemokratie 1914 ihren Höhepunkt. Diese Entwicklung konnte auch Rosa Luxemburg nicht verhindern, an deren späterer Ermordung die deutsche SPD Mitschuld trägt.

Der Imperialismus verschleierte die Existenz eines real vorhandenen gesellschaftlichen Antagonismus und bescherte dem Nationalstaat jenes „einigende Prinzip", welches im Prozess der Eroberung und der gesetzlichen Ungerechtigkeit verlorengegangen ist. Damit wird die innenpolitische Prämisse der Bourgeoisie noch einmal sichtbar, die ihre politische Emanzipation und Herrschaft im Nationalstaat jenseits der Klassen (und Parteien) durchsetzen wollte.[20] Im gleichen Moment wurde diese Herrschaft bedroht, als die Grenzen des Nationalstaates der weiteren Expansion im Wege standen. Denn im Unterschied zum Nationalstaat bedeutet Imperialismus keine Reichsgründung, die auf der Autorität einer für alle gültigen Gesetzgebung beruht, sondern Apartheid. Was für den Imperialismus die Grenzüberschreitung, ist für den Nationalstaat die Errichtung von Grenzmauern.

Der Widerspruch zwischen der politischen Struktur der Nation und dem Versuch der Gründung eines imperialen Reichs ist auch heute überall dort erkennbar, wo Außenpolitik als Synonym für die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Expansion steht. Aus Rechtfertigungsstrategien der modernen Demokratien wird eine Weltinnenpolitik. Damit wird in die Außenpolitik ein Element hineingetragen, das nationalen Ursprungs ist. Die gegenwärtigen imperialistischen Kriege werden so politisch immer noch mit innenpolitischem Vokabular, einer Bedrohung des Nationalstaates, legitimiert. Globalisierung kann mit Arendt als der gleiche paradoxe Rettungsversuch der Bourgeoisie gesehen werden wie damals, als diese im 19. Jahrhundert mit Hilfe des Imperialismus das Fortbestehen des Kapitalismus zu sichern versucht hat.

In diesem Sinne verwundert es kaum, dass die USA genauso wie die EU-Mitgliedstaaten innerhalb der NATO das nationale Selbstverteidigungsrecht mit der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte in fremden Staaten zur Legitimierung ihrer Angriffskriege bemühen. Diese Strategie wäre logischerweise nicht möglich, wenn nicht zuvor die nationale Öffentlichkeit mit einem rassistischen Diskurs auf den „inneren Feind"[21] zugerichtet worden wäre. Dementsprechend bedeutet ein *präemptiver Krieg,* der in den Sicherheitsstrategien der USA und der Europäischen Union verankert ist, somit nichts anderes als die Verteidigung nach Innen.[22] Und deren Folgen, der Abbau der Bürgerrechte, die Einschränkung der Freiheit und die „Versicherheitlichung"[23] des gesamten gesellschaftlichen Lebens treten im Innern drastisch zutage. Aber die Originalität des Konzeptes ist eine scheinbare. Denn das Wort *präemptiv*[24] stammt nicht aus einem politischen, sondern aus dem Bereich der Finanz-Spekulation. Seine Verknüpfung mit dem Begriff Krieg verweist paradoxerweise auf den Kerngehalt des Imperialismus wieder zurück, d.h. die alle Grenzen durchbrechende Akkumulation des Kapitals.

Auf internationaler Ebene wird damit aber auch die Tatsache vernebelt, dass ein Völkerrecht auf der souveränen Gleichheit aller Staaten beruht. Krieg – wie auch immer ihn seine Apologeten heute nennen mögen – ist

bekanntlich spätestens seit dem Briand-Kellogg-Pakt von 1928 als „Werkzeug nationaler Politik" geächtet worden. Darüber hinaus gehört das Verbot der zwischenstaatlichen Gewaltanwendung, nach dessen Übernahme in Artikel 2 Ziff. 4 der Charta der Vereinten Nationen, längst zum *ius cogens*[25].

Diese Verwischung von Innen und Außen, von Nation und Empire wird auch in der ungeahnten Attraktivität des Menschenrechtsdiskurses seit Anfang der 90er Jahre sichtbar. Im Zuge des Krieges gegen den sogenannten Terrorismus wird in vielen Demokratien, namentlich in Deutschland und den USA, offen über die Legalität der Folter nachgedacht. Diese wird gegenüber bestimmten ausgewählten Kategorien von Menschen wie MigrantInnen in Abschiebezentren[26], den *unlawful combatants*[27] in Guantánamo oder Häftlingen im Rahmen von Geheimflügen der CIA in Europa bereits praktiziert.[28] Unterdessen versichern die Verteidigungsminister der betreffenden Staaten, sie unternähmen alles, um die Achtung der Menschenrechte zu garantieren.

Hannah Arendt sprach in diesem Zusammenhang von der „phantastischen Verwirrung und Vermengung neuer Terminologie in den historischen und politischen Wissenschaften".[29] Gerade in den Begriffen „Weltpolizist" oder „Empire" wird die Diskrepanz zwischen Ursache und Wirkung sichtbar. Denn das Sendungsbewusstsein Europas und Nordamerikas, welche die Islamophobie längst zur aufgeklärten Tugend erklärt haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier nicht die Menschenrechte exportiert werden, sondern überschüssiges Kapital, gepaart von einer bis dahin ungeahnten „Ultra-Kommodifizierung".[30]

Hobbes' Machtkonzeption

Hannah Arendt hebt hervor, dass die Tragödie des Imperialismus nicht mit der Korruption der nationalen Politik beginnt, sondern in dem Moment, als selbst die Unbestechlichen einsehen mussten, dass Weltpolitik nicht Größenwahn, sondern unausweichliche Notwendigkeit ist.[31] Und so erlagen den Beteuerungen eines *Cecil Rhodes*, dass die Nation nur noch überleben kann, „wenn sie den Handel der Welt besitze"[32], selbst die, die für die Existenz der Nation – wie zum Beispiel die Polen – erst kämpfen mussten.

Für Hannah Arendt liegt die ideengeschichtliche Quelle der Imperialismuskonzeption im Hobbesschen „Leviathan", der versucht hat, „das öffentliche Wohl aus privaten Interessen herzuleiten".[33] Der große Leviathan entsteht, wenn in einem Vertrag alle Menschen gemeinschaftlich sich der Ordnung einer bürgerlichen Gesellschaft unterwerfen, um „aus dem elenden Zustande eines Krieges aller gegen alle gerettet zu werden".[34] Hannah Arendt leitete daraus zwei besondere Axiome zur Charakterisierung der Weltanschauung der Bourgeoisie ab: die Verdinglichung des Menschen

und Macht als akkumulierte Herrschaft über die öffentliche Meinung.[35] Arendt fällt ein vernichtendes Urteil über die Hobbessche Macht-Konzeption. Dieser verstand Macht als den „Inbegriff aller Mittel, die von [jedem] abhängen, sich ein anscheinend zukünftiges Gut zu eigen zu machen".[36] Thomas Hobbes verhöhnte die Würde des Menschen, mit der es „meistens wie mit allen übrigen Dingen, deren Wert von dem Urteil des Käufers, nicht aber dem des Verkäufers abhängt".[37]

Es verwundert zunächst ein wenig, dass Hobbes Ideen auch bei Carl Schmitt, dem Kronjuristen der Nazis, auf Interesse stießen (Leviathan, 1938), gilt Schmitt doch als radikaler Kritiker des Liberalismus. Für Schmitt war Staatlichkeit nur insoweit von Bedeutung, als sie in Einheit mit dem Politischen stand. Anders als Hobbes sah Schmitt gerade in dem gewaltvollen Naturzustand, dem der Leviathan ein Ende setzten sollte, den Inbegriff des Politischen. Das Politische als das primäre sollte den Staat bestimmen und nicht umgekehrt. Deshalb rückte Schmitt den Ausnahmezustand, der das Politische sichtbar machte, ins Zentrum seiner Betrachtungen. Dieser Zusammenhang ist für die folgende Untersuchung von Bedeutung, kann jedoch nur kurz gestreift werden.

Die Affinität eines konservativen Staatstheoretikers zu den Ideen eines liberalen Vordenkers wie Hobbes erscheint paradox. Von rhetorischen Nebelbomben befreit, ist sie vermutlich nur der Ausdruck von Schmitts Bewunderung für die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Antagonismen – ein Wesens-Merkmal der bürgerlichen Demokratie also. Doch der illusionäre Versuch, kapitalistische Verhältnisse eines fortwährenden gesellschaftlichen Bürgerkrieges auf eine – völkisch verklärte – Gemeinschaft von „Übermenschen" zu übertragen, ohne dabei die Besonderheiten eines Markt-Systems der Kapitalakkumulation und die legitimatorischen Funktionen von Konsum zu erkennen, war von Anfang zum Scheitern verurteilt. Für Schmitts Begriff des Politischen ist bekanntlich das Kriterium der Freund-Feind-Unterscheidung maßgeblich. Schmitt sah diese jedoch nicht schon bei Existenz einer ökonomischen Konkurrenz oder im Klassenkampf als gegeben an. „Die Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, dass sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten."[38] Schmitt dachte dabei an den „öffentlichen Feind"[39]. Dies offenbart zugleich ein Missverständnis, nach dem die Gründung des Hobbesschen Leviathan als Antithese zum vermeintlich von außen drohenden Bürgerkrieg zugleich die Abwesenheit von Krieg als solchem bedeutet. Vielmehr wurde der Krieg nur in das politische Denken des Staates inkorporiert. Schmitt antizipierte so eine „Vergesellschaftung" des Krieges und den Kampf gegen die *hostis* (Fremde) als Staatsfeinde im Innern.[40] Ein sozialer Zustand also, der für Millionen von illegalisierten *sans papiers*, AusländerInnen und Prekarisierten den alltäglichen Normalzustand bedeutet.

Markt-Macht und die neue Macht der ArbeiterInnen

Erstaunlicherweise deckt sich Arendts Kritik der kapitalistischen Verdinglichung des Menschen mit der Marxschen Kritik der Bourgeoisie.[41] Doch ziehen beide daraus unterschiedliche Schlussfolgerungen. Karl Marx benutzte das Hobbes-Zitat, um den Wert der Arbeitskraft zu untersuchen. Der „Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch den Wert der Lebensmittel, die zur Produktion, Entwicklung, Erhaltung und Verewigung der Arbeitskraft erheischt"[42] wird. In dem unaufhörlichen Ringen zwischen Kapital und Arbeit sieht er das Bestreben des Kapitalisten, „den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag bis zu seinem physischen Maximum auszudehnen".[43] Doch seit der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests hat sich auch die Struktur des Kapitalismus verändert. Denn die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, mithin sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zur revolutionieren.[44]

Der Imperialismus beförderte das Finanzwesen, dessen Wertschöpfung sich immer stärker von der reellen Substanz befreite. Der Gewinn hing nun nicht mehr mit der Produktion oder dem Austausch von Waren zusammen. Der Kaufmann wurde durch den Finanzier ersetzt. Je drastischer das Finanzkapital zur reinen Spekulation wurde, desto altmodischer erschien auch der Hobbessche Leviathan. Zum ersten Mal gingen die politischen Machtmittel des Staates den Weg, der ihnen vom exportierten Geld vorgewiesen war.[45] Mit dem Finanzexport trennten sich auch die Interessen der Reichen und der Nation. Staatliche Gewaltmittel wurden so zu Hütern des investierten Kapitals.

Der polnisch-jüdische Philosoph Zygmunt Bauman[46] weist darauf hin, dass der heutige postmoderne Staat vom Finanzkapital nicht mehr – wie einst der Leviathan – zur Wiederherstellung der Arbeitskraft benötigt wird. Denn mit dem Imperialismus setzte sich auch die Einsicht durch, dass Profite und Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr mit der Rentabilität der Produktion, sondern allein mit Finanztransaktionen zusammenhängen. Mit dem Aufstieg des Imperialismus wird somit auch die Erhaltung der sozialen Infrastruktur des Nationalstaates zwecks Reproduktion der Arbeitskraft zum Anachronismus. So ist es konsequent, dass der Wohlfahrtsstaat als lästiger Kostenfaktor abgebaut wird. Dies gilt selbstverständlich allein für die Zentrumsländer, nicht für die kapitalistische Peripherie.

Diese Entwicklung offenbart zugleich einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der Profitabilität und der Legitimität in den kapitalistischen Gesellschaften. Dessen aktuelle Struktur im globalisierten Kapitalismus untersuchte die amerikanische Forscherin Beverly Silver in ihrer Studie „Forces of Labor". Ähnlich wie Arendt unter Berufung auf Rosa Luxemburg geht Silver davon aus, dass das System die Krise der Profitabilität u.a. mit einer Flucht ins Finanzkapital zu lösen (to fix) sucht.[47] Das Kapital

wird in Geldverleih und Spekulation verschoben. In dessen Verlauf kann es auch zur Verlagerung der arbeitsintensiven Produktionszweige in die peripheren Niedriglohnlände kommen. Doch die dortigen Arbeiter kommen dabei niemals in den Genuss des korporatistischen Klassenkompromisses der Hochlohnländer in den kapitalistischen Metropolen. Die Kosten dieser Legitimationsbeschaffung führen gleichzeitig zu einer neuen Profitklemme. Silvers soziologische Untersuchung über die Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870 zeigt eindrücklich, dass ein Ende der Abeiterbewegung noch nicht in Sicht ist. Allen Mystifizierungen einer „Informationsgesellschaft" zum Trotz und in Abgrenzung zu einem dogmatischen und identitären Klassenbegriff gelingt es ihr, konzeptionell die neue Macht der ArbeiterInnen zu erfassen. So kann eine Untersuchung der Grenzen der Kapitalakkumulation implizit auch die Frage nach der Legitimität des Systems und der Macht überhaupt stellen. Und eben diese Frage scheint spätestens seit den 80er Jahren auch in der Linken ein Tabu zu sein.[48]

Arendts Interesse gilt der Macht, die es erlaubt, alles zum Wert zu machen, „über dessen jeweiligen Preis im allgemeinen Austausch die Gesellschaft entscheidet"[49], so dass das betreffende Individuum daraus größtmöglichen Vorteil ziehen kann. Sie erkennt einen daraus automatisch entspringenden radikalen Relativismus und die Monopolherrschaft über die öffentliche Meinung. Macht wird heute nicht mehr dazu verschwendet, eine kostspielige Verwaltung von Territorien zu unterhalten. Globalisierende Kriege sind „Türöffner" zum Zwecke der Markterschließung und der Durchsetzung ihrer Prinzipien. Bauman geht in „Ansichten der Postmoderne" davon aus, dass der „freie Markt" selbst die soziale Kontrolle erzeugt, indem er zunehmend die Erwartung der Menschen von der Produktion auf den Konsum verlagert. Dabei wird der Blick der Menschen durch ein System von Ansprüchen und Belohnungen auf die Quantität der Belohnung gelenkt. Nichts anderes meinte wohl Thomas Hobbes, als er schrieb: „endlich kann auch das nicht Strafe heißen, was einem offenbaren Feinde widerfährt, weil Feinde keine Bürger sind."[50]

In seiner Kritik der Konsumgesellschaft behauptet Bauman, dass es eines kostspieligen Systems des Überwachens nicht mehr bedarf. Allein der Gedanke, beobachtet zu werden, reicht aus, damit die „Konsumenten" das System stabilisieren und es nicht in Frage stellen. Nur wer nicht konsumiert, wird unterdrückt. Deshalb hat es heute eine andere Bedeutung, dem Prekariat anzugehören, als im klassischen Kapitalismus. Freiheit ist somit nur eine Freiheit, die auf sozialem Zwang beruht. Sie war von den Herrschenden nie im Sinne von Bürgerrechten gemeint. Denn die Beschützer der herrschenden Ideologie der ökonomischen Freiheit verstehen darunter nur ihre eigene Handlungsfreiheit. Egal, was sie machen und wie sie es nennen, es geht um Deregulierung des Marktes und Liberalisierung. Menschen sind nur eine Ressource für die kontrollierende Seite, deren Handlungen exklusiv eigenständige sein dürfen.

Peripherer Kapitalismus und die Angleichung nach unten

Der Rückzug des Staates aus seinen sozialen Verpflichtungen wird von der Ausbeutung der Arbeitskräfte in weniger entwickelten Regionen der Welt flankiert. Die Durchkapitalisierung der Welt ist eingetreten, ohne dass der Kapitalismus, wie das Rosa Luxemburg erhofft hat, damit zusammengebrochen wäre. Erstaunlicherweise überwindet dieser die Krise durch den Aufbau und die Ausbeutung einer Peripherie und durch die Prekarisierung grosser Bevölkerungsteile in den kapitalistischen Metropolen, jener billig oder gar unentgeltlich beschäftigten Reservearmee.

Wie in einem Prisma werden die beschriebenen Prozesse in der sozialen und politischen Transformation Osteuropas fokussiert. Es wäre aber vermessen, Polen als imperialistisches Land zu bezeichnen. Ihm kommt vielmehr die gleiche Rolle als Kanonenfutter zu, die Georges Clemenceau für die „force noire" ausgemacht hatte.[51] Die polnische Expedition in den Irak von 2003 erinnert auch deshalb an Napoléon Bonapartes Entsendung polnischer Legionen auf San Domingo 1802. Mit der Zerschlagung des dortigen Sklaven-Aufstandes wollten die Polen sich beim französischen Imperator einschmeicheln, um für ihr Vaterland etwas zu gewinnen.[52] 200 Jahre später ging es nicht mehr um Polens Unabhängigkeit, sondern um eine diesem Land zugewiesene Sonderrolle als kapitalistische Peripherie. Mit der Beteiligung am Folter-Archipel der CIA durch Bereitstellung von Flughäfen und Geheimgefängnissen oder die Entsendung polnischer Truppen in die Ölfelder von Umm Qasr hoffte Polen auf Unterstützung ihrer angeschlagenen Wirtschaft.[53]

Die polnische Expedition in den Irak war dabei nicht einmal von imperialen Träumereien in der Art der „See- und Kolonialliga"[54] begleitet. Der enorme Zulauf, den die koloniale Idee kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Polen vorweisen konnte, macht den geschichtlichen Anachronismus deutlich[55]. Während Polen 1939 von Madagaskar träumte, bereitete Nazideutschland längst die Kolonisation des Ostens und die Verwandlung der polnischen Bevölkerung in Arbeitssklaven vor. Die Tragik der Geschichte kehrt heute als Farce wieder, in dem Polen nach der neoliberalen Schocktherapie und der Deindustrialisierung in den 90er Jahren zur Peripherie der kapitalistischen Metropolen degradiert wurde. Durch die frühzeitige Zerschlagung der sozialen Infrastruktur wurde Polen ab 1989 zu einem sozialen Experimentierfeld der Metropolen. Das hier erprobte System der Lohnkostensenkung und der Missachtung der Sozialgesetzgebung führt aber rückwirkend zu einer Angleichung nach unten in den postindustriellen Gesellschaften West-Europas.[56]

Zygmunt Bauman bewertete das Jahr 1989 als verlorengegangene Chance zum Entwerfen einer Utopie. Damit stellte er zugleich den identitätsstiftenden Gründungsmythos der heutigen Machthaber in Frage, die eine Kausalität zwischen der Danziger Werft und der kürzlich ausgerufenen

IV. Republik konstruieren. Auch deshalb steht Geschichtspolitik im Zentrum des antikommunistischen Kulturkampfes des neuen polnischen Präsidenten. Sie soll diese nicht nur legitimieren und eine „astreine" politische Abstammung bescheinigen, sondern die offene Gesellschaft als Symbol westlichen sittlichen Verfalls ausschalten. Diesem Zweck dient die Verrechtlichung des Freund-Feind-Schemas des Nazi-Juristen Carl Schmitt in Gestalt des Lustrationsgesetzes. So bestimmt Geschichte die Gegenwart und entscheidet darüber, wer zur Teilnahme am öffentlichen Leben berechtigt ist und wer nicht.

Die Parallelen zwischen dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts und den Verwerfungen der Globalisierung heute dürfen jedoch nicht einfach im Sinne einer Linearität der Geschichte verstanden werden. Die Geschichte der Neuzeit kennt lange Perioden des Rückschritts und Verfalls. Arendts Kritik des Imperialismus deckte vor Jahren die bürgerliche Philosophie und den moralischen Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft auf. Sie verstand die historische Forschung und soziologische Analyse des Imperialismus als eine historische Erkenntnis. „Die Konstruktionen der Sinnzusammenhänge, die zu Kausalitäten in der Geschichte werden können, sind nicht zwingend gemeint", schrieb für sie Karl Jaspers in seinem Geleitwort. „Es liegt am Menschen und nicht an einem dunklen Verhängnis, was aus ihm wird".[57]

Überarbeitete und gekürzte Fassung des Vortrages „La démocratie en guerre, l'impérialisme et sa légitimation» anlässlich der Hannah-Arendt-Konferenz in Lausanne vom 11.-12. Mai 2007.

Anmerkungen

1 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 333.
2 Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals, GW 5 (1990), S. 391.
3 Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals, GW 5 (1990), S. 391.
4 Traverso, Enzo: Totalitarismus. Vom Nutzen und Nachteil eines umkämpften Begriffs, Fantomas Nr. 10, 2006, S. 10-13 (13).
5 Vgl. Kurz, Robert: Totalitäre Ökonomie und die Paranoia des Terrors, trend online zeitung 09/2001.
6 Die EU-Verfassung machte u.a. die Aufrüstung zum Verfassungsgebot: «Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern» (Art. I-41 Abs. 3). Diese Rüstungsbestrebungen sollen von einer «Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung» (Europäische Verteidigungsagentur) koordiniert werden. Neben den aus dem Verfassungsentwurf bekannten Klauseln zur Aufrüstungsverpflichtung und zu internationalen Militäreinsätzen gibt es jetzt sogar einen Fonds, mit denen solche Missionen vorfinanziert werden können.
7 Vgl. dazu insbesondere die Beiträge der Rechtsanwälte Dr. Reinhard Marx, Manfred Gnjidic und Bernhard Docke während der Konferenz des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) „The "War on Terror" and Human Rights" im Oktober 2007.
8 Vgl.: Kurz, Robert: Totalitäre Ökonomie und die Paranoia des Terrors, trend online zeitung 09/2001.

9 So verhinderte in vorauseilendem Gehorsam die Redaktion der deutschen Le Monde Diplomatique einen kritischen Artikel von Ignacio Ramonet. Siehe: Majchrzak, Kamil: Was ist so schlimm dabei? Freitag Nr. 17 vom 27.04.2007.
10 Vgl.: Fischer-Lescano, Andreas: Redefining Sovereignty via International Constitutional Moments? Constitutionalism WEB-Papers Nr. 1/2005, S. 5 f.
11 Der seit einigen Jahren von WissenschaftlerInnen benutzte Begriff „Versicherheitlichung" bezeichnet dabei einen sprachtheoretischen Akt, mit dessen Hilfe bei einem relevanten Publikum die Akzeptanz für die Deutung bestimmter gesellschaftlicher Phänomene als Sicherheitsbedrohung hervorgerufen werden kann. Deren Anwendung beruht auf dem Konzept von Sprache als Handlung. Im Folgenden wird er nur unter Vorbehalt als Beschreibung einer Herrschafts-Strategie in internationalen Beziehungen verwendet.
12 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 285.
13 Arendt, Hannah: Nationalstaat und Demokratie (1963). Unveröffentlichtes Manuskript für ihr Einleitungsreferat zu einer Diskussion mit dem Politikwissenschaftler und Publizisten Eugen Kogon. Abrufbar auf: http://www.hannaharendt.net/
14 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 326.
15 Arendt, Hannah: Nationalstaat und Demokratie (1963).
16 Vgl.: Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, (1968), S. 741.
17 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 288 f.
18 „Wer sind die wahren Franzosen?" Gespräch mit Mathieu Rigouste, Freitag Nr. 16 vom 20.04.2007.
19 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 290.
20 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 285.
21 Vgl. „Wer sind die wahren Franzosen?", Gespräch mit Mathieu Rigouste in Freitag Nr. 16 vom 20.04.2007
22 "The National Security Strategy of the United States of America" (NSS), abrufbar unter: http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html. "A Secure Europe in a better World" (ESS), abrufbar unter: http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf
23 Der Begriff beschreibt hier die „Sprachakte" der securitizing actors, die mit ihren Äußerungen Phänomene und Zusammenhänge in der Öffentlichkeit als Sicherheitsbedrohung darstellen und zugleich verschiedene Maßnahmen, von der militärischen Intervention bis zur Einschränkung der Grundrechte, als geeignete Lösung des Problems durchsetzen wollen.
24 Präemptiv (lat. præemere) bedeutet im römischen Recht „durch Vorverkaufsrecht erwerben". Während der Besiedlung des Westens der USA durch nicht-autochthonische Siedler wurde der Begriff erneut verwendet. Es ist kein Zufall, dass die National Security Strategy (NSS) der USA den Begriff „pre-emptive strike" zur Legitimierung einer Angriffshandlung gegen eine erst in der Zukunft potentiell entstehende Gefahr benutzt.
25 Als ius cogens (zwingendes Recht) versteht man zwingende Normen des Völkerrechts, die weder durch Vertrag noch durch Gewohnheitsrecht beseitigt werden können. Dazu zählen insbesondere das Gewaltverbot und das Verbot des Völkermords.
26 Vgl. Majchrzak, Kamil: Qualitätsgesicherte Folter. In: Junge Welt vom 17.02.05, S. 3.
27 Als „unlawful combatants" oder „illegal combatants" bezeichnen einige Staaten Personen, die an kriegerischen Auseinandersetzungen teilnehmen und die von der Anwendung des III. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen (Genfer Konvention) ausgenommen sind.
28 Vgl. dazu die Beiträge und den Erfahrungsaustausch deutscher und us-amerikanischer Strafverteidiger in sog. Guantanamo-Verfahren, während der ECCHR-Konferenz. Anm. oben.
29 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., München 2001, S. 301.
30 Vgl. Zeller, Ch.: Die globale Enteignungsökonomie, 2004, S. 9-20 (16).
31 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 303 f.

32 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 304.
33 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 317.
34 Vgl.: Hobbes, Thomas: Leviathan, Stuttgart 1970, S. 151.
35 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 319.
36 Vgl.: Hobbes, Thomas: Leviathan, 1970, S. 79.
37 Vgl.: Hobbes, Thomas: Leviathan, 1970, S. 81.
38 Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen [1927], 2002, 7.A. S. 33.
39 Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen [1927], 2002, 7.A. S. 29.
40 Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen [1927], 2002, 7.A. S. 47
41 „Sie [die Bourgeoisie] hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt." Siehe: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 (1972), S. 465.
42 Marx, Karl: Lohn, Preis, Profit, MEW 16 (1962), S. 132.
43 Marx, Karl: Lohn, Preis, Profit, MEW 16 (1962), S. 149.
44 Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 (1972), S. 465
45 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 308.
46 Bauman, Zygmut: Ansichten der Postmoderne, 1995.
47 Vgl. Silver, Beverly: Forces of labor, 2005, S. 167, 169.
48 Vgl. unveröffentlichtes Gespräch des Autors und Emmanuelle Piriot mit François Cusset, dem Autor des Buches „La décennie. Le grand cauchemar des années 1980" (La Découverte).
49 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S.319 f.
50 Hobbes, Thomas: Leviathan, 1970, S. 261.
51 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., München 2001, S. 304.
52 Zu diesem Zeitpunkt bis 1918 war Polen von Europas Landkarten verschwunden.
53 Bereits Anfang Mai 2003 überreichte die polnische Regierung den USA eine Offerte von über 300 polnischen Firmen, die an dem „Wiederaufbau" des Iraks interessiert waren.
54 Die Ursprünge des 1930 gegründeten Vereins „Liga Morska i Kolonialna", der sich für eine polnische Expansion nach Afrika einsetzte (z.B. der Erwerb Madagaskars von Frankreich und Mosambiks von Portugal) reichen bis Oktober 1918 zurück, als die Organisation „Polska Bandera" (Polnische Flagge) gegründet wurde. 1934 erwarb die Liga einen Teil des brasilianischen Bundesstaates Parana und gründete dort die polnische Kolonie „Morska Wola". Im gleichen Jahr versuchte sie auch eine Kolonisierung Liberias.
55 Kurz vor Kriegsausbruch hatte die Liga ca. 1. Million Mitglieder. Siehe dazu auch: Hunczak, Taras: Polish Colonial Ambitions in the Inter-War-Period in: Slavic Review 1967, S. 648-656.
56 Nach Angaben des staatlichen statistischen Amtes Główny Urząd Statystyczny (GUS) leben 59 Prozent der polnischen Bevölkerung, das sind 23 Millionen Menschen, unter einem Sozialminimum (d.h. sie müssen mit ca. 800.– PLN = 200.– EUR pro Kopf monatlich auskommen). In den vergangenen zwei Jahren lebten 12 bis 13 Prozent der Polen sogar unter dem Existenzminimum (d.h. sie müssen mit ca. 371.– PLN = ca. 100.– EUR pro Kopf monatlich auskommen). Paradoxerweise ist Polen, die Geburtsstätte der Solidarność-Gewerkschaft, welche den Prozess der Transformation 1989 eingeleitet hatte, heute das Land mit der schwächsten gewerkschaftlichen Vertretung in Europa (ca. 8 Prozent) bei gleichzeitigem Mangel an Flächentarifverträgen. Vgl. Angaben des GUS, abrufbar unter. www.stat.gov.pl/cps/rde/xchg/gus/hs.xsl/45_1160_PLK_HTML.htm
57 Geleitwort von Karl Jaspers in: Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 8. A., 2001, S. 12.